Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. Mk. 9.—, vierteljährl. Mk. 27.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 29.50 einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 40 Pfg. :: Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Postscheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum Mk. 1.—, auswärts Mk. 1.20. :: Reklamezeile Mk. 3.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: Täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gack in Wildbad.

Nummer 7 | Fernruf 179 | Wildbad, Dienstag, den 10. Januar 1922 | Fernruf 179 | 56. Jahrgang

Tagesspiegel.

Die Nachricht von der Einladung einiger Vertreter Deutschlands nach Cannes hat die Berliner Börse mit solcher Zuversicht erfüllt, daß die Aktienpapiere um 100 bis 200 Prozent sanken und der Dollar einen Sturz von 185 auf 166 erfuhr.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltete am Sonntag in Berlin eine große Kundgebung gegen die Schuldlüge.

Am Montag früh nach 6 Uhr wurde an der Erdbebenwarte des Taunus ein heftiges Fernbeben verzeichnet, dessen Entfernung etwa 6600 Kilometer beträgt. Es handelt sich vermutlich um eine Erderschütterung in China.

Der Pariser „Matin" meldet aus Belgrad, Oesterreich und Polen seien in die sogenannte „Kleine Entente" eingetreten. Damit wäre der „Ring um Deutschland" nach Osten und Südosten geschlossen und Deutschland vom Orient abgeschnürt. Die Nachricht ist noch nicht bestätigt.

Die Umbildung der Reichseisenbahn.

Die Reichseisenbahn ist das größte Wirtschaftsunternehmen der Welt, gleichwohl ist es in den letzten Jahren in unrentabler Form geführt worden, und saugt die Steuereinnahmen des Reichs, die anderen Zwecken dienen sollen, zur Deckung seines enormen Fehlbetrags auf. Gleichzeitig mit dem Entwurf des Reichsbahnfinanzgesetzes ist nun die Vorlage über die Erhöhung der Güter- und Tiertarife der Eisenbahn den Eisenbahnbeiräten von der Verkehrsverwaltung zugegangen. In der Vorlage wird der Versuch gemacht, die im Reichseisenbahnfinanzgesetz erschienenen Grundlagen in die Praxis umzuführen. Doch beschränkt man sich noch immer im wesentlichen darauf, lediglich durch Tariferhöhungen den Fehlbetrag der Eisenbahn auszugleichen. Am 1. Februar wird die Erhöhung der Personentarife um 75 Prozent gesteigert anstatt in Aussicht genommener 50 Prozent, und im Gütertarif soll eine neue Erhöhung um 30 Prozent erfolgen. Im ordentlichen Haushalt der Eisenbahnverwaltung für 1921 besteht ein Fehlbetrag von 10,8 Milliarden Mark. Der im August letzten Jahres aufgestellte Haushaltsentwurf für 1922 schloß ursprünglich in Einnahmen mit 37,3 Milliarden, in Ausgaben mit 42,9 Milliarden, wies also einen Fehlbetrag von 5,6 Milliarden auf. Entsprechend der sprunghaften Steigerung aller Ausgaben mußte alsbald die Ausgabeseite um 23 Milliarden erhöht werden. Auf der Einnahmeseite war die 50prozentige Tariferhöhung mit rund 16 Milliarden zu veranschlagen, wozu noch eine halbe Milliarde durch Steigerung der Einnahmen aus anderen Quellen trat. Es hätte sich hiernach für 1922 zunächst folgendes Bild ergeben: Einnahmen 53,8 Milliarden, Ausgaben 66 Milliarden, Fehlbetrag 12,2 Milliarden. Die geplante Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife um 75 Prozent wird einen Mehrertrag von 1,2 Milliarden, die 30prozentige Erhöhung der Gütertarife einen Mehrertrag von 11 Milliarden erbringen. Es würde also auf diese Weise gelingen, den Fehlbetrag von 12,2 Milliarden zu decken. Durch die erhöhten Einnahmen, die aus dieser Tarifsteigerung vom 1. Februar an auch noch dem Haushaltsjahr zugute kommen, würde sich der Fehlbetrag dieses Jahres von 10,8 auf 8,8 Milliarden Mark vermindern.

Die verstärkten Leistungen der Bahn in den letzten drei Jahren sind nicht zu verkennen, sie sind von 20,4 Milliarden Achsenkilometern im Jahr 1919 auf 24,6 Milliarden im Jahr 1921 gestiegen, bleiben aber immer noch um 21 Prozent gegen 1913 zurück. Trotz dieser gegenüber der Vorkriegszeit stark verminderten Leistung ist aber der Betriebsapparat immer noch auf Vollleistung eingerichtet, ja der Personalapparat hat sich sogar ganz wesentlich verstärkt, so daß sich der Personalbestand auf 1 Kilometer Betriebslänge der Bahn vom Jahr 1913, wo er 13,2 Köpfe betragen hat, erheblich gesteigert hat, nämlich bis zum Jahr 1921 auf 18,7 Köpfe.

Es gilt nun, den Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen zu organisieren. In dem Sinn genügt auch die Veröffentlichung des Reichsbahnfinanzgesetzes und seine Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften noch nicht, es muß vielmehr jetzt der grundlegende Schritt getan werden, die Bahnen rentabel zu machen, nicht allein durch Tariferhöhung — obwohl man auch darum wird nicht herumkommen —, auch nicht allein durch Ausnützung der Arbeitskräfte und Umschichtung der Arbeiterschaft, sondern es handelt sich darum, die Eisenbahn auf eine Betriebshöhe zu stellen, daß sie den Ansprüchen, die Handel, Industrie und Landwirtschaft an sie zu stellen berechtigt sind, genügt, also durch Ausdehnung und Modernisierung des Betriebsapparats, damit dieser dem Ansturm der Frachten standhält. Das kann nur geschehen durch einen Kredit in ganz erheblichem Umfang. Zur Beschaffung eines solchen Kredits wird in der „Köln Ztg." die Bildung einer Gesellschaft, an der das Reich und die Länder, ferner das Eisenbahnpersonal und überhaupt die deutsche Arbeiterschaft sowie Industrie, Handel, Landwirtschaft und Gewerbe beteiligt sein sollen. Es ist dies der Vorschlag, den seinerzeit der Deutsche Gewerkschaftsbund gemacht hat, und der nun als „ein Mittelweg zwischen dem Vorschlag der Industrie und den Absichten der Eisenbahnverwaltung" auch den großindustriellen Kreisen geeignet erscheint, in dem Kampf um die Reichseisenbahn zu einer Verständigung zu kommen und gleichzeitig einen soliden Ausbau der Eisenbahnwirtschaft zu bewerkstelligen.

Die Dinge sind im Fluß, es wird notwendig sein, daß die Angelegenheit beschleunigt wird, weil der heutige Zustand, der im wesentlichen nur in Tariferhöhungen sich auslebt, unmöglich ist.

Das erste Ergebnis von Cannes.

In den Beratungen des Obersten Rats am 6. und 7. Januar, die vornehmlich die vorläufige Regelung der deutschen Entschädigungszahlungen zum Gegenstand hatten, wurde nach den Berichten von Havas und der Pariser Blätter ein Zahlungsaufschub in beschränktem Rahmen beschlossen, und es wurde für wünschenswert bezeichnet, daß einige Vertreter Deutschlands nach Cannes berufen werden, um nötigenfalls dem Obersten Rat auf Befragen Auskunft über gewisse Verhältnisse in Deutschland zu erteilen. Diese deutschen Vertreter sind also nicht als „Teilnehmer" der Konferenz zu betrachten, sondern sie haben sich eben dem Obersten Rat zur Verfügung zu stellen. Dieser gefliessentliche Ausschluß von der Gleichberechtigung ist an sich selbstverständlich noch immer die entwürdigende Beleidigung und Geringschätzung, ohne die es der Franzose nicht tut; aber immerhin kann man es für einen Fortschritt halten, daß die Beschlüsse von Cannes nicht wieder ohne jegliches Anhören deutscher Vertreter gefaßt werden und so wenigstens der Schein des einfachen Diktats vermieden wird. An der Sache wird dadurch wohl nicht viel geändert werden; Briand kam mit einem festen Plan nach Cannes, von dem er wohl kaum etwas aufgeben wird. Bei den 132 Goldmilliarden hat es in Cannes sein Bewenden und bei den Jahresforderungen, die Frankreich gegen Deutschland erhebt, nicht minder; ebenso verzichtet auch Belgien auf keinen Pfennig, der Zahlungsaufschub berührt nur England.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Stundung mit „Bedingungen" erkauft werden muß, die in Deutschland einfach österreichische Zustände herbeiführen müssen. Wir werden wahrscheinlich eine Steuerlast, eine Teurung und eine Erschwerung des gesamten Verkehrs bekommen, von der sich wohl die wenigsten eine Vorstellung machen können. — Das muß aber doch festgehalten werden, daß der Oberste Rat sein berüchtigtes Werk, den Vertrag von Versailles, nicht mehr aufrechterhalten kann; er hat mit der „Revision" in Cannes zugeben müssen, daß er undurchführbar ist. Wird darum doch an der Entschädigungsschuld von 132 Goldmilliarden im Ganzen festgehalten, so bekundet das die Absicht, Deutschland nie wieder aus den Fesseln loszulassen. — Die Absicht; — wie die Dinge in Wirklichkeit sich entwickeln werden, das steht auf einem andern Blatt, und sie können auch einen ganz anderen Verlauf nehmen, als Herr Briand sich denkt, selbst wenn es ihm gelingen sollte, mit seinen allerdings sehr guten Trümpfen in der Hand das so heiß umworbene Bündnis mit England zur „Sicherheit" Frankreichs herauszuschlagen.

Eine Wirtschaftskonferenz in Genua — das ist ein weiteres Ergebnis der bisherigen Beratungen in Cannes — soll vermutlich im nächsten Monat Vertreter aller bedeutenderen Länder der Welt vereinigt sehen. Auch Deutschland und Rußland, auf welch letzteres es besonders abgesehen ist, werden geladen sein. Die Vereinigten Staaten wollen, wie gemeldet wird, nicht mehr durch einen unverantwortlichen Beobachter, sondern durch amtliche Vertreter an dieser Konferenz teilnehmen, die über den „Wiederaufbau Europas" zu beschließen haben wird. Lloyd George hat darüber bekanntlich gewisse Pläne ausgedacht oder ausarbeiten lassen, die natürlich vor allem den englischen Interessen gerecht werden. Die anderen Länder sind daher jetzt schon argwöhnisch, daß sie bei der Verteilung des russischen Fells zu kurz kommen sollten. Ob auch für Deutschland Nennenswertes abfallen wird, muß die Zukunft lehren.

•

Die Einladung nach Cannes.

Berlin, 9. Jan. Der französische Ministerpräsident Briand benachrichtigte den Reichskanzler, der Oberste Rat wünsche in der Zeit vom 8. bis 15. Januar Gelegenheit zu haben, deutsche Vertreter zu hören. Er rege an, Vertreter nach Paris zu senden, wo sich für den Ruf nach Cannes bereit halten sollen.

Das Reichskabinett beschloß, eine Vertretung unter Führung des Dr. Rathenau abzusenden, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium, Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium, Staatssekretär a. D. Bergmann, ferner der Vorsitzende der Kriegslastenkommission in Paris, Staatssekretär Fischer, sowie Ministerialdirektor Trendelenburg und Legationsrat Martius.

Die Stundung und deren Bedingungen.

Paris, 9. Jan. In der gestrigen Nachmittagssitzung des Obersten Rats wurde der Beschränkung der deutschen Barzahlung für das Jahr 1922 auf 700 Millionen Goldmark zugestimmt, über deren Verteilung unter die Verbündeten konnte aber noch kein Beschluß gefaßt werden. England erklärte sich laut „Petit Parisien" bereit, das Wiesbadener Abkommen für drei Jahre anzuerkennen. Die Besatzungskosten sollen 220 Millionen Goldmark jährlich für Deutschland nicht übersteigen, wozu noch eine nicht festgesetzte Summe in Papiermark kommt. Für die Ablieferungskohle soll der französische Preis zugrunde gelegt werden. Deutschland hätte somit in 1922 zu leisten: 700 Millionen Goldmark (zuzüglich der noch nicht festgesetzten Papiermark), für 1750 Millionen Goldmark Sachwerte und eine Abgabe von 26 Prozent des Werts seiner Ausfuhr. Die bereits bezahlte Goldmilliarde soll mit den 700 Millionen für 1922 zusammengerechnet werden und aus der Gesamtsumme von 1700 Millionen sollte England 500 Millionen Goldmark für Besatzungskosten, Belgien 800 Millionen erhalten. 400 Millionen in bar erhält Frankreich, dem überdies die jetzt schon aus den Saargruben bezogenen 300 Millionen nicht an der Kriegsentschädigung abgezogen werden sollen. (Um diese 300 Millionen Goldmark würde also Deutschland geprellt. D. Schr.)

Die Bedingungen sind nach dem „Petit Parisien: 1. Die Steuern in Deutschland sollen nach dem Goldwert, nicht mehr nach Papiermark erhoben werden. 2. Die Eisenbahn und Post haben ihre Preise entsprechend zu erhöhen. (Von einer neuen Tariferhöhung außer der am 1. Februar von 75 Prozent war schon die Rede, D. Schr.). 3. Die Kohlenpreise in Deutschland sind zu erhöhen. 4. Der Reichshaushaltplan wird vom Verband überwacht. 5. Es sind scharfe Maßregeln gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu treffen. 6. Die Papiergeldausgabe ist einzustellen. 7. Die Reichsbank ist dem Einfluß der Reichsregierung zu entziehen und der Verbandsaufsicht zu unterstellen.

Nach dem Pariser „Temps" sollen die deutschen Vertreter am Mittwoch in Cannes sein. Die Konferenz würde am Freitag geschlossen.

Der „Sicherheitspakt".

Paris, 9. Jan. Havas berichtet, die Verhandlungen über einen Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich für den Fall eines Angriffs Deutschlands gegen Frankreich seien begonnen worden.

London, 9. Januar. „Daily Mail" bestätigt die Eröffnung der Verhandlungen über ein englisch-französisches Verteidigungsbündnis, das den Namen „Sicherheitspakt"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

führen werde. England stelle die Bedingungen, daß Frankreich den englischen Plänen über den „Wiederaufbau" Europas zustimme und daß es sich mit England über die Politik gegenüber den Türken in Kleinasien und dem Bolschewismus einige. (Nach der „Chicago Tribune" verlangt England ferner den Verzicht Frankreichs auf den Mehrbau französischer Tauchboote über 35 000 Tonnen hinaus.)

Frankreich soll zu einem Handelsvertrag mit Rußland geneigt sein, wünscht aber eine Verfassungsänderung in Rußland.

Neues vom Tage.

Zur Frage des Steuerkompromisses.

Berlin, 9. Jan. Die Versuche der Regierung, in der Frage der kommenden Steuern die Parteien auf einen Vergleich zu einigen, haben bisher ein greifbares Resultat noch nicht erzielt. Die Vertreter der Sozialdemokratie halten daran fest, neue indirekte Steuern nur dann zu bewilligen, wenn die Regierung sich auf eine weitgehende Erfassung der Sachwerte festlege. Die Vertreter der Demokraten und des Zentrums dagegen halten die Erfassung der Sachwerte nicht nur für technisch undurchführbar, sondern erklären, daß dieser Eingriff in die Vermögen die Vernichtung unserer Wirtschaft bedeuten würde. Trotzdem erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Regierung dem Druck von links nachgeben und doch noch einen neuen Plan zur Erfassung der Sachwerte herausbringen wird.

Zerstörung der Deutschen Werke?

Berlin, 9. Jan. Die französische Presse berichtet, daß die Deutschen Werke zerstört werden sollen. Wie die T. U. erfährt, ist an zuständiger Stelle davon nichts bekannt. Immerhin rechnet man mit einer scharfen „Umstellung" des Betriebs, die wahrscheinlich teilweise Zerstörungen von Maschinen und dergl. bedingen würde.

Parteitag der USP. in Leipzig.

Leipzig, 9. Jan. Gestern wurde hier der Parteitag der USP. eröffnet. Crispien legte die Grundsätze der Partei dar und geißelte das Verhandeln der Mehrheitssozialisten mit den Bürgerlichen. Der Parteitag gelte der Aufrüttelung des Proletariats, damit dieses die Macht behalten könne.

Bäckerstreik in Essen.

Essen, 9. Jan. Die Bäcker hatten die Betriebe geschlossen, weil der Preis von 6.45 Mark für den Dreipfündigen Brotlaib unzureichend sei. Der Reichspräsident hat nun, vorbehältlich der Nachprüfung durch den Hauptausschuß des Reichstags, die Preiserhöhung auf 6.50 Mark bewilligt. Der Streik wurde darauf eingestellt.

Großdeutsche Konferenz.

Leipzig, 9. Jan. Gemäß einer im November v. J. getroffenen Vereinbarung trafen in Leipzig Abgeordnete Deutschlands, Oesterreich und der Sudetenländer zur Besprechung gemeinsamer Fragen zusammen. Deutscherseits waren zugegen die Abgeordneten Dr. Hösch und von Lindeiner (Deutschnationale Volkspartei) und Dr. Mittelmann und von Kemnitz (Deutsche Volkspartei). Vertreter Oesterreichs war der Vorsitzende der Großdeutschen Volkspartei in Wien Dr. Dinghofer, aus der Tschechoslowakei waren anwesend die Abgeordneten Dr. Lodgemann, Dr. Brunar und Ingenieur Kallins (Deutschnationale Partei). Es wurde u. a. der kürzlich abgeschlossene Vertrag von Lana zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei besprochen. Solche Zusammenkünfte sollen sich nach den „Leipz. N. Nachr." künftig öfters wiederholen. Die nächste Besprechung soll in der ersten Februarhälfte in Salzburg stattfinden.

Schwarz-weiß-rote Reedereiflagge.

Hamburg, 9. Jan. Die Hamburger Reedereien sollen beabsichtigen, einen Zusammenschluß aller deutschen Reedereien zu einem einzigen großen Reedereiverband Herbeizuführen, der dann die schwarz-weiß-rote Handelsflagge als Reedereiflagge führen könnte. Es würde also neben der amtlichen Handelsflagge schwarz-rot-gold die alte Handelsflagge als Reedereiflagge auf den deutschen Schiffen wehen. Allerdings müßten dann die verschiedenen Reedereien ihre eigenen Farben, die sie bisher führten, fallen lassen.

Tiroler Bank.

Berlin, 9. Jan. Unter Mitwirkung holländischer Kapitalisten ist mit einem Kapital von 200 Millionen Kronen die Tiroler Vereinsbank A.-G. gegründet worden, die die Handels- und Industriebank in Innsbruck aufzukaufen beabsichtigt. Gründer sind: Direktor Schirmer (von der Tyrolia), Bürgermeister Dr. Peer, sowie einige führende Männer des Tiroler Staatswesens.

Ein russisch-amerikanisches Abkommen.

London, 9. Jan. Zwischen Krassin und dem Präsidenten des amerikanischen Hilfskomitees für Rußland soll eine Vereinbarung zustande gekommen sein, auf Grund deren die Sowjetrepublik von Amerika Lebensmittel für 10 Millionen Dollar kaufen kann. Das Geld soll von Rußland unmittelbar an Amerika nach Neuyork übermittelt werden.

Kriege ohne giftige Gase.

Berlin, 9. Jan. Die Morgenblätter schreiben aus Washington: Giftige Gase als Kriegsmittel sind von der Washingtoner Konferenz als ungesetzlich erklärt worden. Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Japans haben dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt, deren Gebrauch zu verbieten.

Das Friedensabkommen von Irland angenommen.

Dublin. 9. Jan. Das irische Parlament hat das Friedensabkommen mit England mit 64 gegen 57 Stimmen angenommen.

Zur Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.

Aus Neuyork wird dem Deutschen Auslandsinstitut unter dem 11. Dezember geschrieben: Im Kongreß hat jetzt der Vorsitzende des Einwanderungskomitees im Repräsentantenhaus, der Abgeordnete Johnson vom Staat Washington, den Antrag für Passierung eines Gesetzes gestellt, welches praktisch die ganze Einwanderung für die Dauer von drei Jahren verbieten würde. Es sollen nur Gatten, Frauen oder minderjährige Kinder von naturalisierten Bürgern oder derjenigen Ausländer zugelassen werden, welche drei Jahre in den Vereinigten Staaten gewohnt haben und ihre Absicht erklärt haben, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden. Im Oktober erlangten ihre endgültigen Bürgerrechte: 2469 Deutsche, 2234 Italiener, Großbritannien und Besitzungen außer Canada 2032 (hauptsächlich Irländer), 1332 Polen, 1283 Russen, 92 Franzosen, 203 Türken, 15 Spanier, 633 Schweden, 338 Norweger, 127 Finnen und 222 Griechen. Es mag hier übrigens auf die Erschwerungen kurz hingewiesen werden, welcher sich manche Richter befleißigen, wenn es sich um die Naturalisierung von Deutschen handelt. Während die richterliche Mühle mit Hochdruck arbeitet, wenn es sich um die Naturalisierung von Italienern, Syriern oder Griechen usw. handelt, wird z. B. von einzelnen Richtern dem deutschen Kandidaten die Frage vorgelegt, wie viel Liberty bonds der amerikanischen Kriegsanleihe er gekauft habe. Hat der Mann keine gekauft, so wird er einfach abgelehnt, ja einzelne Richter treiben dies so weit, daß sie Leuten das Bürgerrecht verweigern, die nicht Bonds von jeder einzelnen Anleihe gekauft haben.

Württemberg im Neuen Reichseisenbahn-Etat 1922.

Der neue Haushalt für die deutsche Reichsbahn für 1922 sieht für Württemberg von bereits genehmigten Bauten folgendes vor: Göppingen-Boll 6 Millionen Mark, Gesamtkosten 18,5 Mill. Mk.; Spaichingen-Nusplingen 7 Mill. Mk., Gesamtkosten 35,5 Millionen; Ueberschreitung 5½ Mill. Mk.; Biberach-Uttenweiler 500 000 Mk., Gesamtkosten 24 Mill. Mk.; Schömberg-Rottweil 7 Mill. Mk., Gesamtkosten 35½ Mill. Mk., Ueberschreitung 13½ Mill. Mk.; Künzelsau-Forchtenberg 6½ Mill. Mk., Gesamtkosten 26,7 Millionen, Ueberschreitung 5 Mill. Mk.; Klosterreichenbach-Raumünzach 6 Mill. Mk., Gesamtkosten 44 Millionen; Vaihingen-Echterdingen 1,9 Mill. Mk., Gesamtkosten 13,4 Millionen, Ueberschreitung 1,2 Mill. Mk.; Leinfelden-Waldenbuch 2,5 Mill. Mk., Gesamtkosten 23½ Mill. Mk.; First-Schönaich 1,3 Mill. Mk., Gesamtkosten 6,2 Mill. Mk., Ueberschreitung 1,2 Mill. Mk.; Verbindungsbahn und Verschiebebahnhof Kornwestheim bis zum Bahnhof Korntal 3 Mill. Mk., Gesamtkosten 11½ Millionen, Ueberschreitung 1½ Millionen Mark.

Für zweite und weitere Gleise: Horb-Rottweil 7 Mill. Mk., Gesamtkosten 80 Mill. Mk.; Böblingen-Eutingen 10 Mill. Mk., Gesamtkosten 70 Mill. Mk., Ueberschreitung 38 Millionen; Gmünd-Aalen 6 Mill. Mk., Gesamtkosten 28,5 Mill., Ueberschreitung 10,5 Mill. Mark; Calmbach-Wildbad 50 000 Mark, Gesamtkosten 10 Mill. Mk.; Ulm-Schelklingen 200 000 Mk., Gesamtkosten 40 Mill. Mk.; Jagstfeld-Osterburken 1 Mill. Mk., Gesamtkosten 57 Millionen Mark.

Ferner für Bahnhöfe: Erweiterung des Bahnhofs Aulendorf 2 Mill. Mk., Backnang 800 000 Mk.; Erweiterung des Bahnhofs Fellbach 3 Mill. Mk.; Gaildorf 500 000 Mk.; Erweiterung des Güterschuppens bei Böckingen-Heilbronn 80 000 Mk.; Erweiterung des Bahnhofs Königsbronn 500 000 Mk.; Marbach a. N. 2½ Mill. Mk.; Möckmühl 1 Mill. Mk.; Oberkochen 750 000 Mk.; Ochsenhausen 20 000 Mk.; Umbauen und Erweiterung des Empfangsgebäudes in Ravensburg 700 000 Mk.; Erweiterung des Bahnhofs Spaichingen 4 Mill. Mk. Für Umbau des Hauptbahnhofs Stuttgart und weitere Neu- und Erweiterungsbauten zwischen Ludwigsburg und Plochingen 73 Mill. Mk.; der Gesamtaufwand beträgt 527,7 Millionen Mark, während nach dem Voranschlag von 1905 der Gesamtaufwand zu 105 Millionen Mark berechnet worden ist. Ferner Errichtung des Haltepunkts Stuttgart-Heslach 60 000 Mk.; Erweiterung des Bahnhofs Stuttgart-West 830 000 Mk.

Für Werkstätten, bauliche Aenderungen in der Wagenwerkstätte Cannstatt 1¼ Mill. Mk., Erweiterung der Lokomotivwerkstätte Eßlingen 7 Mill. Mk.; Erweiterung der Betriebswerkstätte in Freudenstadt 4,1 Mill. Mk.; Bau einer neuen Wagenwerkstätte in Kornwestheim 5½ Mill. Mk. bei einem Gesamtaufwand von 45 Millionen Mk.; Erweiterung des Bahnhofs Tübingen und der dortigen Werkstätte 3½ Mill. Mk.; bauliche Aenderungen in der Lokomotivwerkstätte Rottweil 5000 Mk., für Verstärkung an Bahnbrücken infolge Neueinführung schwerer Lokomotiven werden gefordert 14 Millionen Mark bei einem Gesamtaufwand von 36 Millionen Mark.

Sodann enthält der Reichsbahnplan noch u. a. folgende Neuforderungen: Auf Bahnhöfen: Für die Errichtung einer Reinigungsanlage für Lokomotivspeisewasser in Aalen 600 000 Mk.; für Erweiterung des Ladegleises in Heilbronn-Rangierbahnhof für den Ortsverkehr Böckingen 320 000 Mk.; für elektrische Beleuchtung in Crailsheim 650 000 Mk., für eine Reinigungsanlage für Lokomotivspeisewasser in Göppingen 550 000 Mk.; Erweiterung des Ladegleises und Güterschuppens in Sontheim a. N. 350 000 Mk.; für Umbau der Kraft- und Lichtanlage in Ulm 500 000 Mk.; für Erweiterung des Empfangsgebäudes in Unterboihingen 175 000 Mk.; für Erweiterung der Betriebswerkstätten in Aalen 800 000 Mark.

Außerdem für sonstige Bauten: für eine Straßenüberführung in Göppingen 240 000 Mk.; Einbau stärkerer Drehscheiben 1½ Millionen Mark; Aufstellung von zweiflügeligen Einfahrsignalen und Doppellichtvorsignalen 2½ Millionen Mark; Ausbau der Fernsprechleitungen 1½ Millionen Mark usw.

Eine weitere Anzahl von teils genehmigten, teils neuen Forderungen ist aus Sparsamkeitsgründen zurückgestellt worden.

Die Wirtin „z. goldenen Lamm".

Kriminalroman von Otto Höcker.

41. (Nachdruck verboten.)

Statt einer Antwort griff Mehlig mit beiden Händen nach den Schläfen. „O, mein armer Kopf," wimmerte er. „Herr Amtsrat, quälen Sie mich doch nicht so, ich weiß rein gar nichts . . . ich will's ja gestehen, weil mir gar so hundsschlecht von gestern gewesen ist, da habe ich mich verleiten lassen und hab' aus dem Flaschenschrank etwas zum Trinken stiebitzt. Ich will's ja gern ersetzen, darum werden Sie aber doch einen armen, ehrlichen Kerl nicht unglücklich machen —" er setzte schier zum Weinen an.

„Wer spricht davon," unterbrach ihn Martini ungeduldig. „Wir unterhalten uns jetzt über ihren Brotherrn. Wann kam der heute nacht nach Hause?"

„Aber ich weiß es doch nicht," wimmerte der Gefragte, unablässig seinen Kopf betastend. „Herr Amtsrat, lassen Sie mich endlich schlafen, ich kann nicht mehr — das verwünschte Saufen, ich will's aber ganz gewiß lassen."

„Sie haben also die ganze Nacht geschlafen?"

„Aber wie 'ne Katze, Herr Amtsrat. Erst gegen den Morgen, da fühlte ich so trocken . . . und da hab ich mir Schnaps aus dem Schrank geholt, ich will's ja einräumen . . . und dann hab ich getrunken, so viel nur hineinging . . . und dann hab ich erst recht wieder weitergeschlafen."

Eben pochte es an die Tür zum Nebenzimmer. Der Gendarm steckte den Kopf durch den Spalt. „Herr Amtsrat, das Mädchen will fortgehen, sie macht in einem fort Radau und will sich von mir nicht zurückhalten lassen."

Unwillig begab sich Martini in die Nebenstube. Er fand dort Sanna vor dem Spiegel über der Kommode, angelegentlich damit beschäftigt, einen schreiend bunten Hut aufzusetzen, der im Verein mit einem ebenso grellen Umschlagtuch um die eckigen Schultern ihrer verwachsenen Gestalt einen außerordentlichen grotesken Ausdruck verlieh.

„Ich will zum Tanz, da habe ich mich schon die ganze Woche darauf gefreut," lautete die schnippische Antwort des Mädchens auf die erstaunte Frage des Amtsrates. „Der Gendarm da will mich nicht gehen lassen. Da hat er doch kein Recht zu. Ich hab doch nichts getan. Mein Bräutigam würde schön brummen, wenn ich ausbliebe."

„Zum Tanz, wo Ihr Vater in solch einem Zustand ist und hier im Hause solch finsteres Schicksal waltet?"

Sanna stemmte die Arme in die Seiten. „Ja was geht denn das mich an?" begehrte sie auf. „Ich habe mit Bindewalds nichts zu schaffen."

Der Amtsrat wollte ebenfalls heftig werden, denn die ganz dreiste Art des Mädchens stieß ihn unsäglich ab. Doch ihm kam ein anderer Gedanke. „Nun gut, ich will Sie in Ihrem Vergnügen nicht behindern; wo soll's denn hingehen?"

„Geht Sie das auch was an?" Das Mädchen lachte höhnisch. „Es ist kein Geheimnis, in dem Nest hier ist ja doch immer nur ein Tanzvergnügen — also bei Walters." Als sie sah, daß der Amtsrat keine Einwendung mehr machte, langte sie sich noch umständlich den Hausschlüssel vom Nagel, knixte spöttisch und verließ die Wohnung, die Tür unwirrsch hinter sich zuschlagend.

„Hat das Mädchen etwa irgend etwas zu sich gesteckt?" wendete sich Martini an den Gendarmen.

Dieser verneinte. „Ein paarmal hat sie in der Kommode kramen wollen, aber ich habe ihr höllisch scharf auf die Finger gesehen, da hat sie's unterlassen."

„Gut so. Ich will mich ohnehin in den Stuben ein wenig umschauen und da ist es vielleicht besser, das Mädchen ist gar nicht dabei . . . vorn im Hause ist übrigens Ihr Kollege Steffens. Er befindet sich in Zivil. Sagen Sie ihm, er soll dem Mädchen nachgehen und es unauffällig beobachten. Ich erwarte morgen Rapport." Er ging ins Schlafzimmer zurück. Dort hockte Mehlig noch in der nämlichen trostlosen Verfassung auf dem Bettrand. Der Arzt hatte ihm inzwischen weiter mit Fragen zugesetzt, aber, wie er achselzuckend einräumen mußte, ohne jedes greifbare Resultat.

Er nahm Martini ans Fenster und sprach flüsternd auf ihn ein. „Ich traue dem Burschen nicht, er weiß mehr als er zugeben will. So höllisch ihm auch der Schädel brummen mag, so ist er doch genügend bei Bewußtsein, um logisch denken und antworten zu können. Gerade darum ist er zurückhaltend. Erinnern Sie sich, sein Verhalten kam mir bereits gestern abend nicht recht sauber vor. Nun dieser Kognakraub. Ich meine, der Bursche hätte schwerlich gewagt, sich ins Wirtszimmer einzuschleichen und den Flaschenschrank zu erbrechen, hätte er nicht genau gewußt, daß für ihn die Gefahr, von Franz auf frischer Tat ertappt zu werden, nicht mehr existierte, mit anderen Worten: er wußte bereits um das Schicksal des Hausdieners und gerade darum glaubte er seinem Saufgelüste unbedenklich nachgehen zu können. Ich halte ihn für den Täter. Seine täglichen Botengänge durch Wind und Wetter haben ihn abgehärtet und seinen Körper gestählt, auf jeden Fall ist er an Kräften dem Hausdiener überlegen."

„Sicherlich aber nicht dem Lammwirt, diesem Hünen an Erscheinung und Kraftfülle," fiel Martini trocken ein.

„Was wollen Sie damit sagen?"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württemberg.

Stuttgart, 9. Jan. (Schwäb. Sternwarte.) Mit einer einfachen Feier in der Turnhalle der Wagenburgschule ist gestern in Anwesenheit einer stattlichen Zahl von geladenen Gästen die Schwäbische Sternwarte auf der Uhlandshöhe eröffnet worden. Universitätsprofessor Dr. Rosenberg-Tübingen leitete die Feier mit einem Vortrag über die Astronomie und das tägliche Leben ein. Dann sprach Dr. Henseling über die Aufgabe der Volkssternwarte. Im Erdgeschoß des Turms sind verschiedene Zeichnungen, Photographien, Karten und künstlerische Himmelsaufnahmen; im Kuppelraum befindet sich der stattliche Refraktor, der vorläufig auf 5 Jahre von Prof. Strauß-Eßlingen der Schwäb. Sternwarte zur Verfügung gestellt wurde. Mittels eines mechanischen Uhrwerks wird dem Refraktor eine selbsttätige Rundbewegung gegeben, die der Erdbewegung gleichkommt und so jederzeit die genaueste Beobachtung der Himmelskörper ermöglicht.

Die staatliche Polizeiverwaltung. Das Ministerium des Innern beabsichtigt, die Polizeiverwaltung der Städte Stuttgart, Feuerbach und Fuffenhausen, sowie der Gemeinden Botnang, Hedelfingen, Kaltental, Münster, Obertürkheim, Rohracker und Sillenbuch unter einem staatlichen Polizeiamt, dem Polizeiamt Stuttgart, zusammenzufassen. Verschiedene Gemeinderäte haben sich bereits mit der Angelegenheit befaßt und keine Einwendungen erhoben.

Stuttgart, 9. Jan. (Gut abgelaufen.) Bei Feuerbach stürzte dieser Tage ein Franzose aus dem Schnellzug Stuttgart—Straßburg aus dem Pariser Wagen, dessen Türe anscheinend nicht fest geschlossen war. Der Vorfall wurde erst bemerkt, als in Mühlacker die Begleiterin des Franzosen ein Telegramm aus Feuerbach erhielt, in dem der Verschwundene seinen Unfall mit dem Beifügen meldete, daß ihm der Sturz nichts geschadet habe. Er werde sofort mit seinem Kraftwagen nachfahren und in Baden-Baden seine Begleiterin einholen.

Stuttgart, 9. Jan. (Außerordentliche Impfung.) In Untertürkheim ist bei einem zugereisten Angestellten ein leichter Fall von Pocken festgestellt worden. Aus diesem Anlaß findet Dienstag nachmittag im Rathaus in Untertürkheim eine öffentliche Impfung statt. Zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit sind umfassende Schutzmaßnahmen eingeleitet.

Geldlotterie. Dem Deutschen Ausland-Institut wurde vom württ. Ministerium des Innern eine Geldlotterie bewilligt, die in den meisten Bundesstaaten genehmigt ist und deren Ziehung bereits am 22. bis 28. Februar stattfindet. Zur Ausgabe gelangen 600 000 Lose zu 6 Mk., wobei 26 920 Geldgewinne mit 1 Million Mark ausgespielt werden.

Die neue Handwerkerzeitung. Zu Beginn des Jahrs ist die neue Handwerkerzeitung, „Das Württembergische Handwerk", als amtliches Organ der vier württ. Handwerkskammern erschienen. Die Schriftleitung führt Redakteur Gloning-Stuttgart, gedruckt wird die Zeitung bei Oertel und Spörer in Reutlingen.

Das Gewerbeblatt aus Württemberg, herausgegeben vom Landesgewerbeamt, hat nach 73jährigem Bestehen sein Erscheinen eingestellt, nachdem die Handels- und Handwerkskammern die Herausgabe eigener Zeitschriften beschlossen haben. Das Landesgewerbeamt gibt nunmehr nur noch eine Monatsschrift „Für Bauplatz und Werkstatt" heraus.

Kath. Elternvereinigung. Der vor kurzem ins Leben gerufene Landesausschuß der Kath. Elternvereinigungen hielt gestern hier seine erste Sitzung ab. Es fand eine eingehende Aussprache über alle Punkte statt, die zu einer vollkommenen Klärung der Zweifelsfragen und umfassenden Einigung über alle Punkte führte.

Friolzheim OA. Leonberg, 9. Jan. (Käseschieber.) Ein Pforzheimer Käseschieber wollte hier mit seinem Fuhrwerk einem Polizisten ausweichen. Dabei kippte das Fuhrwerk um und 16 Kisten Delikateßkäse und 6 große Emmentalerlaibe lagen im Schnee. Der Schultheiß beschlagnahmte die Schleichhandelsware.

Stuttgart, 9. Jan. (Landesversammlung der Deutschen Volkspartei.) Die Deutsche Volkspartei Württembergs hält am nächsten Sonntag, den 17. Januar, im Stadtgarten ihre Landesversammlung ab.

Der „Christenbote" verboten. Das sonntäglich in Stuttgart erscheinende Wochenblatt „Der Christenbote" ist für Elsaß-Lothringen verboten worden.

Stuttgart, 9. Jan. (Württ. Betriebsrätekongreß.) Am Samstag und Sonntag fand hier im Gewerkschaftshaus auf Einladung des Bezirkskartells der freien Gewerkschaften und des Afa-Bunds eine Konferenz der Betriebsräte des Landes statt. Arbeitsminister Keil begrüßte die Versammlung und teilte mit, daß er zurzeit damit beschäftigt sei, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, durch die Arbeiter und Angestellte zur regelmäßigen beratenden und begutachtenden Mitwirkung bei der behördlichen Regelung wirtschaftlicher Fragen herangezogen werden könnten. Reichstagsabgeordneter Brandes sprach über die Wirtschaftslage und die Arbeiterschaft, Abg. Eggert über Sozialisierungsfragen, Arbeitsminister Keil über Reparations- und Steuerfragen und Weimer über Schulung und Bildung der Betriebsräte. Es wurde u. a. eine Entschließung angenommen, in der die 10 Forderungen des A. D. G. begrüßt wurden und in der die Einsetzung aller geeigneten Machtmittel der Gewerkschaften zur Durchführung dieser Forderungen verlangt werden. Weiter wurde jeder Angriff auf den Achtstundentag zurückgewiesen.

Böblingen, 9. Jan. (Genossenschaftliches.) Der landw. Bezirksverein Böblingen hat die Gründung einer Bezugs- und Verkaufsgenossenschaft beschlossen, der sofort 137 Mitglieder mit 234 Anteilscheinen beitraten.

Plochingen, 9. Jan. (Todesfall.) Im 77. Lebensjahr starb Frau Julie Kirchgeorg Wwe. In 50jährigem rastlosem Wirken hat sie durch ihre Umsicht und strenge Rechtlichkeit der hiesigen Bahnhofwirtschaft nicht zum geringsten Teil zu dem guten Ruf verholfen, den sie überall genießt. Die Verstorbene war im Stillen eine große Wohltäterin der Armen.

Schorndorf, 9. Jan. (Jagdglück.) Bei einer in der Gegend von Breitenfürst abgehaltenen Treibjagd konnte ein Wildschwein durch den Landwirt Hofmann von Plüderwiesenhof zur Strecke gebracht werden.

Reutlingen, 9. Jan. (Fruchtmarkt.) Auf dem letzten Fruchtmarkt wurden verkauft: 154 Kg. Weizen, 383 Kg. Gerste, 1926 Kg. Haber, 638 Kg. Alberdinkel, 25 Kg. Linsen, 129 Kg. Erbsen. Bezahlt wurden für je 50 Kg. Weizen 380—390 Mk., Gerste 360—375 Mk., Haber 290—300 Mk., Alberdinkel 260—265 Mk., Linsen 500 Mk., Ebsen 360 Mk.

Ulm, 9. Jan. (Jubiläum.) Das Ulmer Gymnasium kann heuer auf ein 300jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahr 1622 wurde die Lateinschule des Barfüßerklosters, das auf dem Münsterplatz stand und dessen Kirche erst in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts abgerissen wurde, in ein Gymnasium umgewandelt, dem nach Aufhebung des Klosters auch die ehemaligen Klosterräume zur Verfügung gestellt wurden, bis Anfang der 80er Jahre dann ein neues Gymnasium an der Olgastraße erbaut werden konnte.

Allmendingen, 9. Jan. (Kirchenfrevel.) In der Nacht nach dem Dreikönigstag wurde in die hiesige Kirche eingebrochen. Das Tabernakel wurde geöffnet und ein wertvolles Ciborium gestohlen. Die Einbrecher konnten schon am folgenden Tag in Riedlingen gefaßt werden.

Mengen, 9. Jan. (Das leidige Neujahrsschießen.) Uebel mitgespielt hat lt. „Oberländer" das Neujahrsschießen einem hiesigen jungen Mann, als er sich am Silvesterabend rasieren ließ. Während ihn der Friseurgehilfe bearbeitete, krachte vor dem Lokal ein Schuß, durch den der junge Haarkünstler dermaßen erschrack, daß er seinem Pflegling einen tiefen Schnitt in den Hals beibrachte. Um Haaresbreite wäre die Schlagader getroffen worden.

Isny, 9. Jan. (Brand.) Neulich brannte abends das Anwesen des Küfers Schwarz in Rangen, Gde. Rohrdorf, gänzlich ab. Nur mit Mühe konnten die Kinder, die sich in augenblicklicher Abwesenheit der Eltern in den oberen Stock geflüchtet hatten, gerettet werden; das Mobiliar verbrannte nahezu gänzlich.

Baden.

Karlsruhe, 9. Jan. Bekanntlich sind im Juli v. J. in Varnhalt bei Bühl Zollbeamte, die in den Brennereien des Orts eine Nachschau vorgenommen hatten, von den Einwohnern bedroht und gezwungen worden, auf das Rathaus zu flüchten, das sie nur unter dem Schutz von telephonisch herbeigerufener Gendarmerie wieder verlassen konnten. Die Anstifter des Auflaufs, die Landwirte Joseph Mayer und Leo Himmel in Varnhalt, sind nun von der Strafkammer Offenburg wegen Nötigung und Beleidigung verurteilt worden und zwar Mayer zu 8 und Himmel zu 5 Monaten Gefängnis.

Heidelberg, 9. Jan. Gegen verschiedene Personen, die im Sommer v. J. eine Reihe von Firmenschildern mit Hoflieferantenzeichen gewaltsam entfernten, ist Anklage erhoben worden. In verschiedenen Fällen mußte das Verfahren eingestellt werden, da man der Täter nicht habhaft werden konnte.

Am Freitag ist der erste Neckarschleppzug flußaufwärts gekommen. Die acht Schiffe, die der Schlepper zog, hatten französische Kohlen geladen.

Mosbach, 9. Jan. Eine im Gewerbeleben bekannte Persönlichkeit, Schlossermeister und Stadtrat Martin Alt, ist aus dem Leben geschieden. Er war ein eifriger Förderer der Handwerkerorganisationen und lange Jahre Vorstand des hiesigen Gewerbevereins.

Baden-Baden, 9. Jan. Nach einem vom Städt. Verkehrsamt Baden-Baden den Zeitungen übermittelten Bericht über den Fremdenverkehr geht hervor, daß die Gesamtzahl der im Jahr 1921 in Baden-Baden angekommenen Fremden etwas über 85 000 betragen hat. Etwas über 66 000 entfallen davon auf Inländer und nahezu 19 000 auf Ausländer, ein Verhältnis, das zu Vorkriegszeiten nahezu das gleiche war.

Offenburg, 9. Jan. Auch die Gemeinden Hofweier, Zunsweier und Hohnhurst sind nun dem guten Beispiel, das die Gemeinden Fossenbach und Diersburg gegeben haben, gefolgt und haben insgesamt 187 Liter Milch als Liebesgabe an bedürftige Kinder von Offenburg aufgebracht.

Lörrach, 9. Jan. Wie aus Basel dem dortigen „Vorwärts" gemeldet wird, werden auf das Basler Güterbahnhof in letzter Zeit mehrere Wagenladungen Weizenmehl mit einem chemischen Farbstoff vermischt, um es für Backzwecke unbrauchbar zu machen. Dieses Mehl wird dann nach Frankreich zu Futterzwecken zum Preis von 34 Franken per 100 Kilo verkauft.

Renchen b. Achern, 9. Jan. Der Sohn des Gemeinderats Scherwitz von Hausgereut, der in Renchen Verwandte an der Bahn abholen wollte, geriet in der Dunkelheit mit seinem Fuhrwerk in die durch das Hochwasser angeschwollene Rench, wobei das Pferd ertrank, während sich Scherwitz durch Schwimmen retten konnte.

Ewattingen (bei Waldshut), 9. Jan. Bei der letzten Holzversteigerung waren die Nadelholzstämme je Festmeter auf 700—1000 Mk. veranschlagt. Gelöst wurden 600—870 Mk. für Hölzer 1. und 4. Klasse.

Konstanz, 9. Jan. Zwischen den hiesigen Zeitungen und der Kapelle des Inf.-Regts. 14, die Obermusikmeister Bernhagen, der frühere Dirigent der Kapelle des Karlsruher Leib-Grenadier-Regts., leitet, ist ein Streit ausgebrochen. Bernhagen wie Angehörige seiner Kapelle ließen sich anläßlich einer abfälligen Besprechung in einer hiesigen Zeitung beim letzten Sinfonie-Konzert zu Drohungen hinreißen, die nun zu einer gemeinsamen Stellungnahme der hiesigen Presse führten. Der Vorstand des Verbands südwestdeutscher Presse, Gruppe Seekreis, hat die Sperre über Bernhagen und die Kapelle verhängt.

Mutmaßliches Wetter.

Der neue Luftwirbel zieht in der Hauptsache nördlich vorüber. Die Störung wird aber in Süddeutschland noch einige Tage andauern, weshalb am Mittwoch und Donnerstag bei vorübergehender Aufheiterung in der Hauptsache naßkaltes Wetter zu erwarten ist.

Spiel und Sport.

Fußball.

fr. Trotz des andauernden Schneefalls kamen überall in Süddeutschland die Ligaverbandsspiele mit folgenden Ergebnissen zum Austrag: Württemberg: Sportklub — Sportfreunde 0:0; V.f.B. — Kickers 1:0; Feuerbach — Tbd. Ulm 4:1; Ulm 94 — Pfeil Gaisburg 3:1; Tübingen — Zuffenhausen 2:1; Cannstatt — Gmünd 2:5; V.f.R. Heilbronn — Union Böckingen 5:1; Eintracht — V.f.L. Stuttgart 7:1. — Südwest: K.F.V. — Sportkl. Freiburg 4:0; 1. F.C. Pforzheim — Sportkl. Pforzheim 7:2; V.f.B. Karlsruhe — Durlach 2:4; Mühlburg — 1. F.C. Freiburg 2:1; Lörrach — Phönix Karlsruhe 1:6. — Odenwald: Darmstadt — Pfungstadt 9:1; Käfertal — Bürstadt 0:2; Neckarau — Waldhof 5:5; Lindenhof 08 — Sandhofen 3:2; Feudenheim — Spiel-Vgg. Mannheim 07 11:1; Heidelberg — Friedrichsfeld 4:2; Phönix — V.f.R. 2:7; Hertha — Schwetzingen 12:2. — Nordbayern: M.T.V. Fürth — Weiden 3:1; Bamberg — Hof 4:1; 1. F.C. Nürnberg — Pfeil 10:1; Würzburger Kickers — Bayern-Kitzingen 15:2; Erlangen — Sp.Vgg. Fürth 1:7; T.V. 1860 Fürth — Schweinau 4:3; Würzburger F.V. — Nürnberg 46 1:0. — Südbayern: T.V. 1860 — Teutonia 2:1; Armin — Landsut 1:1; T.V. Neuhausen — Münchner Sp.Vgg. 0:5; Ballspielkl. Augsburg — Viktoria 2:0; M.T.V. München — Memmingen 4:1.

In München nahm das Pokalspiel Wacker — Bayern einen unentschiedenen Ausgang.

Schwerathletik.

Der deutsche Schwergewichtsmeister Breitenstädter kämpfte gegen den dänischen Schwergewichtsboxer Andreasen in Kopenhagen unentschieden.

Wintersport.

Die letzten Tage standen in den Gebirgsgegenden im Zeichen des Wintersports. Ganz besonders der Schwarzwald, wo über den Sonntag ein wahrer Massenbetrieb herrschte, hatte eine noch nie gesehene Menge von Wintersportlern angelockt. In Tuttlingen wurde eine Sprungschanze eingeweiht. Der Oberschwäbische Wettlauf für 1922 fand bei Isny und Großholzleute statt. Auf der Hundseck haben Wettkämpfe der Ortsgruppe Bühlertal stattgefunden. In Triberg wurde die Rodelmeisterschaft von Baden auf der Hochwaldrodelbahn ausgetragen.

Vermischtes.

Die Kosten des Reichsparlaments. Während der Reichstag im Frieden knapp 3 Millionen Kosten erforderte — vor 20 Jahren war der Betrag sogar bedeutend geringer — kostet der Reichstag jetzt im Jahr rund 29 Millionen Mark. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Aufwandsentschädigungen an Abgeordnete 8 450 000 Mk., Entschädigung an die Eisenbahnen für die Freifahrten der Abgeordneten 6 530 000 Mk., Bibliothek des Reichstags 475 000 Mk., Reichstags-Drucksachen 4 Millionen Mk., Wirtschaftsbetrieb (Restaurant) 650 000 Mk., Entschädigung an Post und Telegraphie 275 000 Mk., Dienstgrundstück und Diensträume 1 440 000 Mk., Beamtenbesoldung einschließlich Hilfskräfte 6 200 000 Mk. Der Rest verteilt sich auf kleinere Posten.

Der weiße Tod. Die Leichen des Amtsgerichtssekretärs Hände (nicht Landgerichtsrat Hänle) und des Architekten Vogel von Friedrichshafen sind geborgen. Kaufmann Sommer, Teilhaber der Ravensburger Metallindustrie, und Studienrat Dr. Lutz am Gymnasium in Ellwangen konnten noch nicht erreicht werden. Ihre Leichen sollen oberhalb der Unglücksstelle des zweiten Tags liegen. Von den beiden Söhnen Rudolf und Hermann des Rechtsanwalts Härle hat man noch keine Spur.

Unterschlagung. Der seinerzeit bei den Friedensverhandlungen in Versailles bei der deutschen Abordnung als Dolmetscher und Sekretär verwendete Fedor Lapper hat, wie sich jetzt herausstellte, amtliche Gelder in Höhe von 750 000 Franken unterschlagen. Lapper, der in San Sebastian (Spanien) verhaftet wurde und am 12. Januar vor einem Berliner Landgericht sich zu verantworten haben wird, behauptet, er habe das Geld von dem gleichfalls in Versailles verwendeten Zahlmeister Oberrüber erhalten, um auf gemeinsame Rechnung Rennwetten zu machen. Das Geld ist verloren.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 10. Januar 1921.

Rückblick. Jetzt, nachdem die Weihnachtsfeiern zu Ende und bald ein neues Schuljahr beginnt, ist es von Interesse, zu erfahren, mit welchen Erfolgen die hiesige Höhere Reform-Lehranstalt (Dir. Götz) im verflossenen Schuljahr gearbeitet hat. 11 Schüler bestanden das Abitur, 4 erreichten Oberprimareife, darunter die hiesigen Schüler Bronold und Müller-Schober, 3 Schüler die Unterprima, darunter Trinkner aus Wildbad, 22 Schüler bestanden das frühere Einjährige mit Ueberleitung nach Obersekunda. Ganz besonders erfreulich und anerkennenswert ist, daß das Institut keinen einzigen Mißerfolg zu verzeichnen hatte. An den Erfolgen sind im ganzen 5 Schüler aus Wildbad beteiligt. Fr.

— **Der Brotpreis.** Das Ministerium des Innern hat veranlaßt, den Kommunalverbänden für die Brotpreisberechnung zu geben. Hiernach darf in den städt. Kommunalverbänden der Preis für den Dreipfundlaib 5.90 Mk., und für den kleinen Laib 2.95 Mk. nicht übersteigen. In den ländlichen Kommunalverbänden soll der Preis beim Dreipfund-Laib nicht höher als 5.60 Mk. und beim kleinen Laib als 2.80 Mk. sein.

— **Württ. Industriespende für Oppau.** Die vom Landesverband der württembergischen Industrie durchgeführte Sammlung für die Opfer von Oppau hat ein Gesamtergebnis von rund 540 000 Mark gebracht, abgesehen von der großen Zahl von Gaben, die für lokale Sammlungen gegeben oder unmittelbar nach Oppau abgeführt worden sind.

— **Ueber die Wandergewerbesteuer** scheinen noch mannigfach Unklarheiten zu bestehen. Nach Art. 28 des neuen Gesetzes in Württemberg beträgt die Gemeinde-Steuer das Fünffache der Staatssteuer. Dieser Satz der Regierungsvorlage wurde vom Landtag endgültig angenommen. Der vom Ausschuß in erster Lesung gemachte Vorschlag, nur das Dreifache zu erheben, ist nicht durchgedrungen.

Handel und Verkehr.

Ueber 9 Milliarden neue Schulden. Das Reich vereinnahmte in der 3. Dezemberdekade an Ueberschüssen der Finanzkassen, aus den Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebühren 1 303 735 000 Mk.; die Ausgaben beliefen sich auf 7 349 109 000 Mk. Die Betriebsverwaltun-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gen erforderten 1 944 185 000 Mk. Zuschüsse, und zwar die Post 312 326 000 Mk., Eisenbahn 1 631 859 000 Mk. Seit 1. April 1921 hat sich die schwebende Schuld um 81 575 363 000 Mk. auf 246 921 550 000 Mk. am 31. Dez. 1921 vermehrt, im letzten Dezemberdrittel allein um 9 Milliarden.

Berlin, 9. Jan. Die Ausfuhr von italienischem Reis neuer Ernte ist bis auf weiteres verboten worden.

Landes-Produkten-Börse Stuttgart, 9. Jan. Bei schwacher Kauflust hat die feste Stimmung auf dem Getreidemarkt auch in abgelaufener Woche angehalten; erst in den letzten Tagen trat eine Abschwächung ein. Wir notieren per 100 Kg. ab württ. Stationen: Weizen, württ., je nach Lieferzeit 740—760, Sommergerste, württ., je nach Qualität und Herkunft 700—740, Hafer 520—550, Weizenmehl Nr. 0 1150—1170, Brotmehl 900—920, Kleie 390—400, Heu, württ. 230—250, Stroh, württ. (drahtgepreßt) 85—95 Mark.

Stuttgart, 9. Jan. Nach dem S.C.B. wird die Zuckerfabrik Stuttgart die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent für das Geschäftsjahr 1920/21 in Vorschlag bringen

Schweinemarkt Balingen, 7. Jan. Zugeführt wurden 226 Stück Milchschweine. Handel lebhaft. Alles verkauft. Preis für das Stück 140—300 Mark.

Die Neubauten im Jahr 1921. Nach einer Zusammenstellung der im Bautennachweis der „Bauwelt" (Berlin) veröffentlichten Neubauten sind im vergangenen Jahr im Reich 58 715 Neubauten errichtet worden. Einen wesentlichen Anteil daran hat das Industriegebiet Rheinland-Westfalen durch Bergarbeitersiedelungen, Werkswohnungen und Industriebauten. Der Zuwachs an Wohnhäusern im besetzten Gebiet überschreitet infolge der Anforderungen der Besatzungstruppen erheblich den Durchschnitt. Dagegen tritt der großstädtische Mietshausbau bis auf die Ausfüllung von Baulücken in den Innenstädten durch Geschäftshäuser völlig in den Hintergrund. Die Gewinnung von Wohnraum durch Aufbau von Stockwerken hat im verflossenen Jahr einen noch nie dagewesenen Umfang erreicht.

Die Kunstseideindustrie Deutschlands und auch der übrigen Länder hat im abgelaufenen Jahr einen recht guten Geschäftsgang zu verzeichnen. Es besteht die Aussicht, daß die Lage dieses Geschäftszweigs sich auch weiterhin günstig gestalten wird, da andauernd Bedarf in diesem Rohstoff vorhanden ist.

Die Förderung des Ruhrbeckens im Dezember 1921. Für den Monat Dezember 1921 wird die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) auf rund 8 Millionen Tonnen in 25¼ Arbeitstagen veranschlagt. Im November 1921 war in 24¾ Arbeitstagen eine Förderung von 7,77 Millionen Tonnen und im Dezember 1920 von 8,24 Mill. Tonnen in 25¼ Arbeitstagen zu verzeichnen. Die Arbeitstägliche Förderung wird sich für Dezember 1921 voraussichtlich auf 316 000 Tonnen stellen, gegen 320 520 Tonnen im November 1921 und 326 190 Tonnen im Dezember 1920. Die Gesamtjahresförderung dürfte sich voraussichtlich auf etwa 94 Millionen Tonnen stellen, gegen 88,26 Millionen Tonnen im Jahr 1920. Die Zunahme der Förderung ist auf die Vermehrung der Belegschaft zurückzuführen. Die Leistung je Mann und Schicht ist nicht gestiegen.

Sinkende Preise in Amerika. Die Warenpreise in Amerika zeigten nach der ununterbrochenen Steigerung vom 1. Juni bis 1. November 1921 ein leichtes Nachlassen. Die Inderziffer vom 1. Dezember 1921 zeigt eine Senkung von 1 Prozent im Vergleich mit der vom 1. November. Der 1. Dezember ist indessen immer noch höher als die Inderziffer vom 1. Mai, die mit 4,6 Prozent übertroffen wird, während der niedrigste Stand der letzten 6 Jahre am 1. Juni mit 6,5 Prozent übertroffen wurde. Die Senkung vom höchsten Stand im Jahr 1920 (der höchste seit 29 Jahren) beträgt 45,7 Prozent.

Kali und Thomasmehl.

Die deutsche Landwirtschaft verbrauchte in den letzten Friedensjahren rund 73,5 Millionen Doppelzentner Kunstdünger, davon etwa 18 Millionen Doppelzentner Thomasmehl. Im sogenannten Bessemer- oder Thomasprozeß wird, wie bekannt, das Eisen unter stärkster Glutentwicklung und Luftzufuhr zu einer fast vollständigen Entkohlung gebracht. Die rückständige Schlacke, die sogenannte Thomasschlacke, wird nach dem Erkalten gemahlen und enthält dann etwa 50 Prozent Kalk und 10 bis 22 Prozent Phosphorsäure, die durch Zusatz einer gewissen Menge Sand besonders löslich gemacht wird. Diese Bestandteile machen das so hergestellte Thomasmehl zu einem für die Landwirtschaft äußerst wertvollen Dungmittel, um den ausgelaugten Boden wieder „anzureichern", d. h. dem Boden alles, was die vorher auf ihm gewachsenen Pflanzen ihm entzogen haben, wieder zuzuführen und so seine Erträge dauernd zu steigern. Wir führten bei einer Einfuhr von 8,8 Millionen Doppelzentnern 14,2 Millionen Doppelzentner dieses Thomasmehls im Jahresdurchschnitt vor dem Krieg aus. An der Gesamterzeugung von Thomasmehl waren die Reichslande Elsaß-Lothringen mit nicht weniger als 64 Prozent beteiligt. Da diese Gebiete für ihre eigenen Bedürfnisse annähernd nur 22 Prozent verbrauchten, fehlten nach Verlust der Reichslande uns 42 Prozent dieses lebenswichtigen Erzeugnisses, was für unsere Landwirtschaft — selbst wenn auf die Ausfuhr verzichtet wird — einen unersetzlichen Abtrag und eine ernste Gefahr bedeutet, besonders angesichts der Tatsache, daß während des langjährigen Kriegs und der darauf folgenden harten Notzeit bei dem Mangel an künstlichen Düngemitteln die Ertragsfähigkeit des deutschen Ackerbodens äußerst herabgemindert worden war.

Ganz ähnlich steht es mit dem Kali. Nach Abtretung des Elsaß ist das deutsche Kali-Weltmonopol, eine starke Stütze unserer Wirtschaft überhaupt, gebrochen. Die sundgauischen Werke sind nunmehr alleiniges Eigentum Frankreichs geworden, das damit eine gewaltige Uebermacht der gesamten Kali-Produktion der Welt in Händen hat und selbst seinen Einfluß über das Weltmeer erstreckt. 1904 wurde in der Gegend von Wittelsheim-Mülhausen das erste Kali (kalihaltiges Steinsalz) in 600 Meter Tiefe gefunden. 1906 wurde darauf die erste Gewerkschaft gegründet. In überraschend kurzer Zeit wurden dank deutscher Technik und deutschen Fleißes alle Aufschließungsarbeiten in mustergültiger Weise durchgeführt, die Bohrungen niedergebracht, die Schächte abgeteuft und die Gruben eröffnet. Schon im Jahr 1911 wurde zu fördern begonnen. Bereits 1913 zählte die Belegschaft der deutschen Werke 1140 Mann; die Förderungsziffer betrug 287 000 Tonnen reinen Kalis, etwa der vierfachen Menge Rohsalz entsprechend. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß nicht jede Grube soviel liefern durfte, wie ihr beliebte. Um die Verschleuderung an das Ausland und die Preisunterbietung zu verhüten, wurde die Regelung des Verhältnisses zwischen Produktion und Absatz durch das Reichsgesetz vom Mai 1910, dessen Aenderung zurzeit den Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags beschäftigt, dem von der Regierung kontrollierten Zwangssyndikat übertragen. Die Ausbeutung der überreichen Bodenschätze an Kali könnte daher noch ganz erheblich gesteigert werden.

Die berüchtigten Artikel 51, 55 und 56 des Gewaltvertrags von Versailles, durch den die zu 87 Prozent deutschen Reichslande Elsaß-Lothringen ohne Schuldanteil und ohne Vergütung an Frankreich übergingen, enthalten die Grundlage zu einer Vergewaltigung, wie sie in der Geschichte unseres Kulturzeitalters bisher einzig dasteht.

Bekanntmachung.

Bekämpfung der Rattenplage betr.

Für Samstag, den 14. Januar d. J. wird im Stadtbereiche **Wildbad ein allgemeiner Rattenbekämpfungstag** angeordnet.

Sämtliche Hausbesitzer oder deren **gesetzlicher Vertreter** werden hiermit aufgefordert, an geeigneten Stellen, in Kellern, Lagerplätzen, altem Mauerwerk, besonders an der Enz u. s. w., an dem oben bezeichneten Stichtage wirksame Rattenvertilgungsmittel auszulegen.

Die Mittel kommen von heute ab in der hiesigen **Stadtapotheke unentgeltlich** zur Ausgabe. Für die Entnahme und Auslegung der Rattenvertilgungsmittel gelten verschiedene Bestimmungen, die in der **Stadtapotheke** bei Ausgabe der Mittel jeweils bekannt gegeben werden.

Das Gift darf zur Vermeidung jeglichen Mißbrauchs nur an **Erwachsene** und nur mit der vorschriftsmäßigen **Giftbezeichnung** versehen abgegeben werden. Die toten Ratten sind sofort zu beseitigen. Die etwa nicht verbrauchten Ueberreste des ausgelegten Giftes sind, um hierdurch jeder möglichen **Lebensgefährdung für Haustiere,** namentlich Hunde und Federvieh, tunlichst vorzubeugen, durch Vergraben und Verbrennen alsbald zu vernichten.

Für den gewünschten Erfolg bei der Bekämpfung der Rattenplage ist das **gemeinsame** Vorgehen ausschlaggebend. **Pflichtvergessene** werden von der Schutzmannschaft, die mit der Kontrolle dieser Maßnahme beauftragt ist, unnachsichtlich zur **Anzeige** gebracht.

Auffallend gute oder **schlechte Erfahrungen** mit einem der zur Ausgabe gelangenden Mittel wolle man **Hrn. Apotheker Stephan** oder **dem Unterzeichneten** zur Kenntnis bringen.

Im Auftrage der Stadtgemeinde:
Dr. Schindler, Stadttierarzt.

Schönes Kuhfleisch

Pfd. 10 Mk. ist von morgen ab zu haben bei
Metzger Ellermann.

Wildbad, den 9. Januar 1922.

Todes-Anzeige.

Nach kurzem schwerem Leiden hat Gott der Herr unsere liebe, treubesorgte Gattin, Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Sophie Müller,

geb. Wirth,

im 44. Lebensjahre zu sich in die ewige Heimat genommen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Müller und Sohn.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Schützen-Verein Wildbad.

Der Verein hält am
Mittwoch, den 11. ds. Mts. abends 8 Uhr
im „Panorama-Hotel" seine

General-Versammlung

ab, wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Das Schützenmeisteramt.

FELLE

von Maulwurf, Kanin, Feldhasen, Rehe, Geiße, Fuchs, Marder sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Preisen an.

E. Maischhofer, Pforzheim
Moderne Tierausstopferei :: Lindenstr. 52 :: Tel. 1501

Inseriert im „Tagblatt"!

Turn-Verein

Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
beginnen die

regelmäßigen Turnstunden.

Der Turnwart.

Aufruf.

Der Aufbau Deutschlands erfordert einen gesunden Menschenschlag. Dieser kann nur durch turnerische und sportliche Uebungen erreicht werden. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß Eltern, Lehrherrn u. s. w. ihr Pflegbefohlenen zum Besuch der regelmäßigen Turnstunden anhalten. Ebenso werden aber ältere Personen, sowie diejenigen, die seither sich dem Turnen gewidmet haben, zu weiterer Mitarbeit aufgefordert.

Der Vorstand.

Mandolinen-Club Wildbad.
Morgen Mittwoch abend (½8 Uhr) im Lokal.

Steinholz-Böden
Wandplattenbelag
fertigt
Gustav Schmid.

Zuverläßiger

Pferdeknecht

kann sofort eintreten.
Güterbeförderer Ritz.

Reh-Bock,

zahm, selten schönes Tier, **zu verkaufen.**
Off. u. s. w. an die Exp. ds. Blattes.

Lysol, Lysoform,
Drogerie A. & W. Schmit.

Brennholz

in großen und kleinen Quantitäten (Scheiter und Prügel) liefert sofort jede Qualität frei vors Haus zu mäßigem Preis.

W. Schmid, Bad. Hof

Bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung
trinkt
Hama Kräuter-Tee.
Zu haben in der Stadtapotheke.

DRUCKARBEITEN

ein- und mehrfarbig werden rasch u. billig
in jeder Ausführung angefertigt von der

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt
Inhaber: THEODOR GACK • • Fernsprecher Nr. 179

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw